

Gute Bildung für M-V: Auf die Schülerinnen und Schüler kommt es an!

Eine gute und nachhaltige Bildungspolitik muss vor allem zum Ziel haben, optimale Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen sowie demokratische und soziale Bildung zu ermöglichen. Dieses Ziel hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren zu häufig aus den Augen verloren. Es wurden Prozentwerttabellen für Noten erstellt, die Zusammensetzung von Prüfungskommissionen verändert, Kopfnoten eingeführt und die individuellen Förderpläne abgeschafft – dabei folgte die rot-schwarze Landesregierung unterschiedlichsten Interessen. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Überzeugung: Es ist Zeit, dass die Schülerinnen und Schüler wieder stärker in den Fokus rücken.

Rote Bildunglaterne abgeben – Abbruchquoten in Schule und Ausbildung halbieren

Was den Bildungserfolg angeht, ist Mecklenburg-Vorpommern noch immer das Land der ungenutzten Möglichkeiten. Rund neun Prozent der Schülerinnen und Schüler schaffen keinen regulären Schulabschluss. Jeder Fünfte verlässt das Fachgymnasium ohne Abitur. 16 Prozent der Berufsschülerinnen und Berufsschüler fallen beim ersten Versuch durch die Abschlussprüfung. Ein Drittel der Ausbildungen werden vorzeitig abgebrochen. In allen Bereichen ist Mecklenburg-Vorpommern weit vom Bundesdurchschnitt entfernt.

Das Ergebnis: Den betroffenen Schülerinnen und Schülern fehlen Berufschancen und Entwicklungsperspektiven, der heimischen Wirtschaft dringend benötigte Auszubildende und Fachkräfte. Damit wollen und dürfen wir uns nicht abfinden.

Darum fordern wir ein „Bildungserfolgs-Paket“, mit dem wir mindestens eine Halbierung der Abbruchquoten bis 2021 erreichen wollen.

Das sind die Maßnahmen, die wir damit verbinden:

- Entschlacken der Rahmenlehrpläne und Durchsetzen der Kompetenzorientierung in allen Fächern und Schularten
- Inklusion ohne Sparzwang, auch für Flüchtlingskinder
- Kompetenzzugnisse statt Schulnoten in der Grundschule
- Stärkung und Modularisierung der beruflichen Bildung
- Bildungsinvestitionen an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und der Verbesserung des Lernumfelds orientieren
- Bedarfsgerechte Lehramtsausbildung

Lernen, was wichtig ist – Lehrpläne entschlacken

Das Auswendiglernen zahlloser Fakten gilt längst als ineffizient und überholt, denn allzu oft bleibt das Wissen nur bis zur nächsten Leistungskontrolle im Kopf. Entscheidend für den Bildungserfolg sind Vernetzung und Anwendung der erlernten Kenntnisse und vor allem die Kompetenz, Wissen

selbständig zu erwerben. Doch viele Rahmenpläne in Mecklenburg-Vorpommern sind nicht nur veraltet, sondern seit mehr als zehn Jahren nicht über die „Erprobungsfassung“ hinausgekommen. Darum müssen die Rahmenpläne auf den Prüfstand:

- Wie viel Faktenwissen ist nötig?
- Wo existieren unnötige Doppelungen?
- Wie können Themen fachübergreifend vernetzt werden?

25 Millionen Euro jährlich für die Inklusion

Die Inklusion ist ein entscheidender Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und der Schlüssel für die Senkung der Abbruchquoten. Für die Bündnisgrünen ist jedoch eines klar: eine Inklusion zum Nulltarif kann und darf es nicht geben! Wir wollen für die Inklusion jährlich 25 Millionen Euro zusätzlich in Personal investieren - für zusätzliche Lehrkräfte, für Personal mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung und für schulpyschologische Betreuung. Dabei orientieren wir uns an den Empfehlungen der Expertenkommission für die Umsetzung der Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern. An jeder Schule soll es bei Bedarf möglich sein, zeitweise zwei Lehrkräfte parallel in einer Klasse einzusetzen. Davon profitieren Schülerinnen und Schüler aller Leistungsniveaus.

Zugleich droht trotz guter Ansätze eine neue Gefahr der Exklusion: Kinder und Jugendliche, die als Flüchtlinge und Migrant_innen bei uns leben, brauchen kompetente Unterstützung. Wir brauchen mehr Lehrkräfte mit einer Aus- oder Weiterbildung für den Unterricht von Deutsch als Zweitsprache, um den Förderunterricht bedarfsgerecht ausbauen zu können. Vor allem für Jugendliche, die nicht selten noch nie oder unzureichend beschult wurden, sind besondere Angebote erforderlich. Schul- und Berufsschulpflicht müssen auch für Flüchtlinge ohne Ausnahme umgesetzt werden.

Schulnoten in der Grundschule auf den Prüfstand stellen

Jede Grundschule soll künftig selbständig entscheiden können, ob sie ab Klasse 2 Ziffernnoten vergibt oder diese durch Kompetenzzzeugnisse ersetzt. Die Entscheidung trifft die zu je einem Drittel aus Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern besetzte Schulkonferenz. Ein Informationsabend soll im Vorfeld über wissenschaftliche Erkenntnisse zur Notengebung informieren.

Die Leistungsbewertung mittels Ziffernnoten wird von zahlreichen Bildungsexpertinnen und -experten, darunter die beiden von der Landesregierung eingesetzten Expertenkommission (2008, 2012), sehr kritisch gesehen. Die skandinavischen Länder verzichten daher sogar bis Klasse 8 auf Schulnoten. Eine Ziffer gibt keine ausreichende Information über die tatsächlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Sie eignet sich damit weder für die Förderung der Schülerinnen und Schüler noch als Feedback für Eltern, sorgt jedoch bei vielen schon in früher Kindheit für Ängste und Frusterfahrungen. Die häufige Annahme, Schulnoten förderten Lernmotivation und Leistungsbereitschaft, wird hingegen in Studien nicht bestätigt. Kompetenzzzeugnisse bilden hingegen einzelne Fähigkeiten ab und stellen auf diese Weise besondere Förderbedarfe, aber auch besonderes Leistungsvermögen in einzelnen Bereichen differenziert dar.

Berufsausbildung an Anforderungen der heutigen Zeit anpassen

Die berufliche Ausbildung wird in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahrzehnten stiefmütterlich behandelt: hohe Unterrichtsausfallquoten, sehr große Klassen, schlecht ausgestattete Schulen und zum Teil sehr niedrig bezahlte Lehrkräfte. Zugleich sind viele Ausbildungsgänge unflexibel

gestaltet und zu wenig auf die Auszubildenden ausgerichtet. Die hohen Abbruchquoten sind nicht nur ein Bildungsdesaster, sondern auch ein handfestes ökonomisches Problem. Für eine moderne berufliche Ausbildung fordern wir:

- die Einführung einer wirksamen sonderpädagogischen Förderung auch an beruflichen Schulen;
- zusätzliche Sprachkurse für ausländische Auszubildende;
- die Schaffung eines Vertretungspools zur Senkung des Unterrichtsausfalls (in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden);
- eine flexiblere Ausbildungsdauer bis zu fünf Jahre und die deutliche Ausweitung von Teilzeitausbildungen (zum Beispiel für Alleinerziehende);
- die leichtere Anerkennung absolvierter Lernzeiten bei einem Ausbildungswechsel (durch Gliederung der Ausbildungsinhalte in Module);
- die Entwicklung eines Stipendiensystems für leistungsstarke und finanziell bedürftige Auszubildende (zum Beispiel zur Deckung von Schulgeld, Auslandspraktika).
- wirksame Maßnahmen gegen Betriebe, die Auszubildende in betrieblichen Hochphasen nicht zur Berufsschule lassen;
- bessere Kontrolle der Arbeitsbedingungen von Auszubildenden in den Unternehmen und besondere Würdigung vorbildlicher Ausbildungsbetriebe.

Schwerpunkte für Bildungsinvestitionen

Künftige Bildungsinvestitionen sollen sich in erster Linie auf die Schülerinnen und Schüler konzentrieren und die Lernbedingungen verbessern: individuelle Förderung, fach- und jahrgangsübergreifender Unterricht, Möglichkeiten zur Bildung von Kleingruppen, bessere sonderpädagogische Förderung, weniger fachfremder Vertretungsunterricht.

Die Weiterentwicklung der Schule muss sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren – und darf nicht an ideologischen Mauern und „Das war schon immer so“-Einstellungen scheitern. Wir wollen Schülerinnen und Schüler, die mit Spaß und positiver Motivation den für ihre Fähigkeiten und Interessen bestmöglichen Abschluss erreichen. Wir wollen keine Senkung des Leistungsniveaus, sondern bessere Wege, um sie zu erreichen.

Lehrkräftebedarf langfristig decken – Lehramtsausbildung stärken

Lehrkräfte fallen nicht vom Himmel, aber sie können ausgebildet werden.

Lehrerwerbekampagnen kosten viel Geld und sind ein Instrument, um kurzzeitig die bisherigen Versäumnisse in der Lehrkräfteausbildung zu kompensieren. Langfristig müssen jedoch die Ausbildungskapazitäten im Land erhöht werden, um den Bedarf aus eigener Kraft decken zu können. Denn Sonderpädagog_innen, Grundschullehrkräfte, aber auch Lehrer_innen für die sogenannten MINT-Fächer werden auch in anderen Bundesländern benötigt. Durch die Streichung zahlreicher Lehramtsstudiengänge in Greifswald ging die Zahl der Studierenden deutlich stärker als geplant zurück. Von 300 Plätzen für Erstsemester wurden zum Beispiel im Studienjahr 2012 nur noch 172 besetzt. Im Jahr 2013 setzte sich dieser Trend fort. Das bereits reduzierte Ziel von 1.500 Lehramtsstudierenden in Greifswald wird damit demnächst sogar unterschritten werden. Ein wesentlicher Grund für den unerwartet starken Rückgang ist die deutlich eingeschränkte Möglichkeit der Fächerkombination. Eine Verbindung von geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern ist mit Ausnahme des Faches Geographie nicht mehr möglich. Bedarfsfächer wie Englisch oder Philosophie können kaum mit anderen gesuchten Fächern kombiniert werden. Damit verfehlt das derzeitige Angebot das politische Ziel einer möglichst bedarfsgerechten Ausbildung.

Wir schlagen deshalb vor, die Ausbildungskapazitäten für Grundschullehrkräfte und Sonderpädagogen an der Universität Rostock zu erhöhen und die Bedarfsfächer Mathematik, Physik, Sozialkunde, Informatik und Biologie wieder als Lehramtsstudiengänge an die vorhandenen wissenschaftlichen Felder an der Universität Greifswald anzugliedern. Durch eine zügige Umsetzung dieses Vorhabens würden die ersten zusätzlichen Absolvent_innen mit dem Anstieg des Lehrkräftebedarfs zur Verfügung stehen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Investitionen in gute Bildung zahlen sich vielfach aus: in Lebens- und Berufsperspektiven für junge Menschen, in besserem sozialen Zusammenhalt und in besserer wirtschaftlicher Entwicklung des Landes.